✦ **Die erfolglosen Düsseldorfer Besprechungen.** Ministerpräsident Hirsch faßte in einem Schlußwort das Ergebnis der Besprechungen kurz zusammen. Er sagte u. a.: „Im Namen der Regierung kann ich versichern, daß wir, soweit es in unseren Kräften steht, bestrebt sein werden, die Beschwerden zu beseitigen und die Wünsche des Rheinlandes zu erfüllen. Es ist bei den Beratungen teilweise zu Zusammenstößen gekommen, und zeitweise konnte man den Eindruck haben, als ob parteipolitische und konfessionelle Gesichtspunkte allzu sehr in den Vordergrund gerückt, und die Gegensätze allzu sehr betont würden. Wir wollen uns nicht täuschen: der Gedanke einer selbständigen rheinischen Republik ist nicht tot; ich bin überzeugt: trotz der Sperrfrist, die durch den Artikel 18 festgesetzt ist, wird von den Anhängern der Idee weiter propagiert werden. Da müssen auch wir, die wir in der Gründung einer rheinischen Republik ein Unglück für Preußen und Deutschland erblicken, auf der Hut sein und der Agitation von jener Seite unsere Agitation entgegensetzen."

Großbritannien.

✖ **Annahme des Friedensvertrages im Oberhaus.** Das Oberhaus hat den Friedensvertrag in allen Lesungen einstimmig angenommen. Im Laufe der Debatte sagte Lord Curzon, es sei möglich, daß das gerichtliche Verfahren gegen den ehemaligen deutschen Kaiser nicht in London abgehalten werde. Man habe eingesehen, daß hiergegen wegen des damit verbundenen unerwünschten Aufsehens, der Erregung der öffentlichen Meinung und der Störung des öffentlichen Lebens ernste Bedenken vorliegen. Ein endgültiger Beschluß sei noch nicht erreicht worden, und, falls der Prozeß etwa doch auf englischem Boden stattfinden werde, sei damit nicht gesagt, daß für diesen Zweck London gewählt werde.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte soll entweder nach Sachsen oder nach Bayern gelegt werden. Es kommen hierfür die Orte Dresden, Leipzig, München und Nürnberg in Frage.

Straßburg i. E. Ein Dekret des Staatskommissars für Elsaß-Lothringen hebt die deutschen Arbeitergesetze für das frühere deutsche Reichsland auf.

Die Erdrosselung beginnt!

Frankreichs Forderungen. — Der unmögliche Friedensvertrag.

Weimar, 25. Juli.

Die Verhandlungen in Paris zwischen Deutschland und der Entente, die über die Durchführung der Wirtschaftsbestimmungen des Friedensvertrages geführt werden, sind auf große Schwierigkeiten gestoßen. Französischerseits wurde die Forderung gestellt, Deutschland solle unverzüglich ein geradezu ungeheures Quantum Kohle sofort an die Entente abführen.

Der Vorsitzende der deutschen Kommission wies darauf hin, daß es einfach undenkbar ist, diese Forderung der Entente zu erfüllen. Darauf wurde französischerseits erklärt, man müsse unter allen Umständen auf die Lieferung dieser Kohlenmenge bestehen. Deutscherseits wurde erwidert, wenn versucht werden sollte, mit der praktischen Durchführung dieser Forderung in Deutschland zu beginnen, müßte dies unbedingt den Bolschewismus in Deutschland zur Folge haben. Ein Vertreter der Entente erklärte darauf ironisch, vor dem Bolschewismus werde man Deutschland zu schützen wissen; denn man würde alle Maßnahmen ergreifen, die zur Durchführung der Friedensbedingungen und auch dieser Forderung sich als notwendig erweisen würden. Die Stimmung im Reichskabinett ist über diese Vorgänge außerordentlich erregt.

Reichsanleihe-Aktiengesellschaft.

Zur Stützung des Kriegsanleihemarktes.

Berlin, 25. Juli.

Zur Regulierung des Kriegsanleihemarktes ist nunmehr unter Führung der Reichsbank und unter Reichsgarantie ein die gesamte deutsche Bankwelt umfassendes Konsortium in Gestalt einer mit 400 Millionen Mark Grundkapital auszustattenden „Reichsanleihe-Aktiengesellschaft" gegründet worden.

Das Konsortium soll in Erfüllung der Erklärungen, welche seitens des Reichsbankpräsidenten im Laufe des Krieges wiederholt abgegeben worden sind, dafür Sorge tragen, daß die Verkaufsmöglichkeit für die Kriegsanleihen auch dann erhalten bleibt, wenn infolge Wiederauffüllung der Warenläger oder aus anderem Grunde große Anleihebeträge in kurzer Zeit an den Markt kommen; in solchen Fällen soll es ungerechtfertigte und in den äußeren oder inneren Verhältnissen nicht begründete Kurssenkungen der Kriegsanleihe hintanhalten. Vor allem aber ist seine Bestimmung, die aufgenommenen Beträge wieder zu dauernder Anlage unterzubringen, um die Umwandlung konsolidierter in schwebende Schulden zu verhüten. Der große Umfang des möglicherweise in Frage kommenden Materials bedingte den Zusammenschluß eines entsprechend finanzkräftigen Konsortiums.

Verschwörung deutscher Kriegsgefangener?

Die Engländer drohen mit Gewalt.

London, 25. Juli.

Die englischen Blätter behaupten, die Militärbehörden seien einer gut organisierten Verschwörung deutscher Kriegsgefangener im Gefangenenlager von Parkhall-Oswestry auf die Spur gekommen, die die Einäscherung einer Anzahl von Baracken der Kriegsgefangenen zum Ziele hatte. Den deutschen Offizieren, die für die Führung ihrer Mannschaften verantwortlich sind, ist eröffnet worden, daß, wenn irgend etwas dergleichen geschieht, keine Erleichterung für die Unterkunft der Gefangenen, deren Baracken zerstört würden, gewährt werde und daß die Gefangenen im Freien schlafen müßten, so lange sie im Lager verbleiben. Seit Unterzeichnung des Friedens seien viele Gefangene sehr widerspenstig geworden, und man sei der Ansicht, daß es gut sein werde, den Vorschriften, die sich auf das Verhalten der Gefangenen innerhalb des Gefangenenlagers beziehen, aufs strengste Geltung zu verschaffen und sie, wenn nötig, zu verschärfen. Die Schwierigkeiten werden hauptsächlich den Offizieren der versenkten deutschen Flotte, die von Scapa Flow nach dem Lager gekommen sind, zugeschrieben.

Ersatz bei Tumultschäden.

Rücksicht auf die schlechte Finanzlage.

Der Nationalversammlung ist der Entwurf eines Gesetzes über die durch innere Unruhen verursachten Schäden zugegangen. Nach diesem Gesetz bestehen wegen der Schäden, die an beweglichem und unbeweglichem Eigentum sowie an Leib und Leben seit dem 1. November 1918 im Zusammenhange mit inneren Unruhen bei einer Zusammenrottung oder einem Zusammenlaufen von Menschen durch offene Gewalt oder durch Anwendung dagegen ergriffener Abwehrmaßnahmen unmittelbar verursacht worden sind oder verursacht werden, Ersatzansprüche an das Reich.

Ein Ersatzanspruch ist nur gegeben, wenn durch die Schäden das wirtschaftliche Bestehen des Betroffenen gefährdet worden ist. In der Begründung heißt es u. a.: Die Unruhen seit dem 1. November haben vielfach Schäden an Leib und Gut der Bevölkerung im Gefolge gehabt. Wirkt schon die vorhandene Rechtsungleichheit beunruhigend, so verstärkt sich diese Stimmung noch erheblich dadurch, daß von namhafter Seite, vor allem von den deutschen Städtetagen, die Anwendbarkeit der einzelstaatlichen Tumultgesetze auf die durch die gegenwärtigen innerpolitischen Unruhen hervorgerufenen Schäden überhaupt in Abrede gestellt wird. Das Reichsgesetz wird nun überall dort, aber auch nur dort, eingreifen müssen, wo unzweifelhaft Härten zutage getreten sind. Dann soll ein Reichsanspruch auf Ersatz gewährt werden, der nicht im ordentlichen Rechtswege, vielmehr von besonderen Spruchbehörden in einem auf schnelle Erledigung abzielenden Verfahren festgestellt werden soll. Der Umfang des Anspruchs wird mit Rücksicht auf die allgemeine Finanzlage, soweit wir irgend tunlich, beschränkt werden müssen. Deshalb wird vorgeschlagen, nur einen Ersatzanspruch zu gewähren, wenn ein Personenschaden oder ein Schaden an beweglichem oder unbeweglichem Eigentum entstanden ist.

Neue Brandherde.

Streikgefahr in Metallindustrie und Telegraphie.

n. **Berlin, 25. Juli.**

Das öffentliche Interesse nehmen heute die Vorgänge auf den Siemens-Schuckertwerken in Anspruch, von denen man noch nicht weiß, ob sie baldigst durch eine gütliche Schlichtung beendet werden können oder ob sie den Ausgangspunkt für eine abermalige gewaltige Erschütterung des wirtschaftlichen Lebens bilden sollen.

Die Arbeiter der Werke hatten in den letzten Tagen passive Resistenz geübt, indem sie wohl an den Arbeitsstätten erschienen, aber nicht arbeiteten. Dieses Verhalten war eine Gegenmaßnahme auf die Entlassung von 41 Vertrauensleuten. Die Entlassung erfolgte, weil ein Anschlag von Arbeitern abgerissen wurde, auf dem die Firma mitteilte, daß am letzten Montage, dem Tage des verunglückten Weltstreiks, wie gewöhnlich gearbeitet werde.

In einer Veröffentlichung der Werkleitung wird mitgeteilt, daß zwei Tage vor dem geplanten Demonstrationsstreik bei ihr verschiedene Anfragen eingegangen seien, ob an dem sogenannten internationalen Montag, also am 21. Juli, die Werke für die Arbeiter offen gehalten würden. Die Entschließung der Direktionen ging nun dahin, daß man die Werkstätten geöffnet halten wollte. Von dieser Tatsache wurde vertraglich dem Arbeiterausschuß Kenntnis gegeben und dieser ersucht, die notwendige öffentliche Bekanntmachung gegenzuzeichnen. Diese Unterschrift wurde indessen aus noch unbekannten Gründen verweigert, und der Anschlag wurde wohl oder übel mit der einseitigen Unterschrift vorgenommen. Wegen dieser Provokation erfolgte die Entlassung der 41 und darauf setzte die passive Resistenz ein. Nunmehr verfügte die Leitung gestern die Entlassung von rund 10000 Mann.

Die Arbeiter betrachten nach dem Vorwärts die Entlassung ihrer Vertrauensleute als eine gegen die Ausübung ihrer Rechte gerichtete Maßregelung. Die Arbeiter berufen sich darauf, daß sie im April d. Js. mit der Direktion der Siemenswerke eine Vereinbarung getroffen haben, wonach alle Anschläge am schwarzen Brett, welche Arbeiterangelegenheiten betreffen, vom Arbeiterrat gegengezeichnet werden müssen. Diese Vereinbarung ist auch bis zum 19. d. Mts. innegehalten worden. Der zur Arbeit am Montag, den 21. d. Mts. auffordernde Anschlag, der am 19. d. Mts. publiziert wurde, war nicht vom Arbeiterrat gegengezeichnet. Deshalb hielten sich die Arbeiter für berechtigt, denselben zu entfernen.

Donnerstag abend beschlossen nun die Arbeiter der Kleinbau-Anstalt von Siemens-Schuckert in Spandau und die des Elektro-Motor-Werkes in den Sympathiestreik für die Entlassenen einzutreten. Im Laufe des Freitags haben sich die Arbeiter aller anderen Betriebe der Siemens-Schuckert-Werke dieser Bewegung angeschlossen, und zur Stunde streiken rund 26000 Mann. Der gesamte Betrieb der Werke ist eingestellt worden. Verhandlungen wegen einer Beilegung der Differenzen sind noch nicht zustande gekommen. Der Metallarbeiter-Verband ist aber geneigt, eine Schlichtung anzustreben.

In allen Betrieben der Siemens-Schuckertwerke sind 30600 Arbeiter beschäftigt. Die Situation ist um so gefahrdrohender, da eine starke Bewegung in der gesamten Metallindustrie herrscht, Verhandlungen zur Schaffung eines neuen Lohntarifs für die Metallarbeiter noch zu keiner Einigung geführt haben und die Möglichkeit eines allgemeinen Generalstreiks in der Metallindustrie sehr nahe gerückt ist. Bei den Borsig-Werken und bei Schwartzkopff u. Co. sind infolge eines Schmiedestreiks die Betriebe kaum aufrechtzuerhalten und umfangreiche Arbeiterentlassungen müssen als bevorstehend bezeichnet werden. Die Mehrheit der Arbeiter will dergleichen Einschränkungen der Betriebe aber nicht dulden und verlangt Verstaatlichung der Werke.

Stadtgemeinderats-Sitzung.

(Nichtamtlicher Bericht vom 25. Juli 1919, abends ½8 Uhr.)

Anwesend sind der Vorsitzende, Herr Bürgermeister Miller und, außer Stadtv. Kühne, sämtliche Städtv.-Mitglieder.

1. Bausachen: a) Herr Baumeister Oehmichen beabsichtigt in seinem Grundstück an der Lange Straße über dem Waschhaus einen Balkon und Baderaum zu überbauen, das bedingungsweise Befürwortung findet. — b) Das bereits in letzter Sitzung vorgelegte Baugesuch der Herren Vogel & Jahn betr. Bebauung zweier Hausgrundstücke am Brandiser Weg und Erdmannshainer Weg wird eingehender Beratung unterzogen. Das Gelände ist inzwischen vom Bauausschuß einer Besichtigung unterzogen worden. Da dieses außerhalb des Stadtplangebietes liegt, ist die sofortige Bewilligung des Gesuches nicht möglich. Gesetzlicher Bestimmung gemäß muß zunächst gefordert werden, daß ein Bebauungsplan über den Erdmannshainer und Brandiser Weg vorgelegt wird.

2. In Berlin hat sich ein Reichsstädtebund gebildet, welcher mittlere und kleine Städte darin aufnimmt. Von einer gesandten Einladung desselben, worin dieser die Stadt Naunhof zum Beitritt auffordert, beschließt der Stadtgemeinderat davon abzusehen, da nach Ansicht des Vorsitzenden die Interessen unserer Stadt darin in gewünschter Weise nicht so vertreten werden können und der Zweck dieses Bundes als zu weitschauend gedacht ist. Im übrigen hat sich die Stadt Naunhof bereits dem Sächsischen Gemeindeverbande als Mitglied angeschlossen, worin ihre Interessen genügend vertreten werden.

3. Es wird Kenntnis genommen von einigen Mitteilungen des Vorstandes des Sächsischen Gemeindetages. Ferner wird in einem gesandten Fragebogen über die Neuordnung der Gemeinde-Verfassung Anregung gegeben. Da der Inhalt desselben ziemlich umfangreich und wichtig ist, soll der Fragebogen unter den Mitgliedern des Städtv.-Kollegiums zirkulieren.

4. Herr Fuhrwerksbesitzer Ströller ersucht in einem Schreiben den Stadtgemeinderat um Verlängerung seines abgelaufenen Pachtvertrages für ein Wiesengrundstück am Gasanstaltsweg (zwischen Naunhof und Erdmannshain liegend) auf weitere 6 Jahre. Sein Gesuch mußte aber grundsätzlich abgelehnt werden.

5. Kenntnis genommen wird von der Genehmigung des 1. Nachtrags zur Gemeindesteuerordnung über Vergnügungsabgaben. Als Ergänzung werden noch einige Normal-Sätze aufgestellt und zwar für Kinos 5 Mk., Schießbuden 3 Mk., Reitschulen 6 Mk., Ausspielen von Glücksspielen 10 Mk., Straßenmusik: Leierkasten 1 Mk., herumziehende Musikanten 3 Mk., Musik- und Theater-Aufführungen 10 Mk., Abonnements-Konzerte 5 Mk.

Zu Punkt 6 gibt der Vorsitzende Mitteilung, daß der Kartoffelbestand zu Ende gegangen ist. Ein beabsichtigtes früheres Herabsetzen der wöchentlichen Rationen von fünf auf weniger Pfund, um die Verteilung zu verlängern, ließ sich nicht ermöglichen, da diese dem Verderben nahe waren. Aus Zweckmäßigkeitsgründen war es also besser, unsere Einwohnerschaft bis zum Schlusse mit wöchentlich 5 Pfd. Kartoffeln zu versorgen, als daß diese bei weniger Abgabe dem Verderben ausgesetzt und für den menschlichen Genuß unbrauchbar geworden wären. — Als Ersatz für die zu Ende gegangenen Kartoffeln ist es gelungen, englische Kartoffeln hereinzubekommen und sollen davon in kommender Woche zwei Pfund pro Kopf (das Pfund zu 15 Pfg.) zur Verteilung gelangen. Da diese sich aber im Einkaufspreise höher stellen, wird der Bezirksverband hierzu einen Zuschuß leisten. — Beim Bezirksverbande soll darum nachgesucht werden, andere Lebensmittel für künftig ausfallende Kartoffeln zu beschaffen, jedoch soll Dörrgemüse als Ersatz nicht angenommen resp. verweigert werden. — Stadtv. König rügt noch das Verhalten eines Teiles der Einwohner, der in voriger Woche bei der Entnahme der Bezirksware das Dörrgemüse nicht mit gekauft habe, während die Konsumvereinsmitglieder es fast sämtlich mit entnommen hätten, da sie aus Hunger dazu gezwungen waren resp. ihnen andere Waren nicht zu Gebote standen, während bessergestellte Leute anscheinend noch über genügend andere Lebensmittel verfügen. Ferner mißbilligte er noch den Kauf der teuren sandigen und unschmackhaften Suppen.

7. Die Stadt Naunhof wird demnächst Naßpreßsteine aus der Bornaer Gegend anfahren lassen, auch wird versucht werden, alle sonstigen Heizstoffe für den kommenden Winter, welcher in der Kohlenversorgung der denkbar schlechteste sein wird, für unsere Einwohner zu beschaffen. Von Herrn Kühne ist der Stadt bereits 600 bis 700 Zentner buchenes Holz aus Thüringen angeboten worden, dessen Anschaffung dringend zugestimmt wird. Der Zentnerpreis stellt sich auf etwa 8—8.50 Mk. Ferner ist auch von Chemnitzer und Leipziger Unternehmern Rollenholz der Stadt angeboten worden, dessen Entnahme ebenfalls gefordert wird. — Scharf kritisiert wird mehrfach das Verhalten des Staates gegenüber seinen Bahnbeamten, indem er diese reichlich mit Briketts und Holz versorgt, während die übrige Bevölkerung weiter unter der großen Kohlennot zu leiden hat. Damit die betr. Bahnbeamten von der städt. Kohlenversorgung ausgeschlossen sind, sollen von diesen die Hausbrandmarken eingezogen werden.

8. Dem Gutachten des Bauausschusses, die Oefen aus dem Grundstück Lange Straße 1 und Rathaus in die verschiedenen städtischen Grundstücke zu verteilen und darin unterzubringen, wird zugestimmt. — Es wird Kenntnis von der Mitteilung genommen, daß der veranschlagte Preis zur Herstellung einer Warmwasserheizungsanlage infolge Verteuerung der dazu benötigten Heizkörper sich demgemäß höher beläuft. Der Vorsitzende soll deshalb mit der Firma Freisold in Leipzig in sofortige weitere Unterhandlung darüber treten.

9. Den Beschlüssen des Bauausschusses, verschiedene dringend nötige Reparaturen in dem Andorfschen Hause an der Lange Straße vornehmen zu lassen, wurde Zustimmung erteilt.

10. Die hiesigen Polizeibeamten hatten an den Stadtgemeinderat ein Gesuch um Vermehrung der Schutzleute eingereicht und führten als Begründung u. a. an, daß infolge der zunehmenden Unsicherheit in der Stadt, und da s. Zt. von der Gründung einer Einwohnerwehr abgesehen wurde, die Polizei dafür dementsprechend verstärken zu wollen. Zufolge dieses Gesuchs ist bei verschiedenen anderen Stadt- und Gemeindebehörden Nachfrage über die Anzahl der dortigen Schutzleute gehalten worden und es hat sich herausgestellt, daß Naunhof um höchstens eine Kraft gegenüber anderen Orten zurücksteht. Aus der sehr regen Aussprache geht u. a. hervor, daß man die Ratschläge des Herrn Stadtwachtmeisters Schröter zwar für gut befindet, dieser aber in erster Linie selbst verpflichtet sei, die anderen zu unterstützen. Um das Polizeiwesen korrekt gestalten zu wollen, müsse der Herr Wachtmeister zur Stichprobe selbst dementsprechend die Schutzleute des Nachts kontrolieren. Die Schutzleute sollen sich im Range gleich sein, d. h. die Bezeichnung Hilfs- und Nachtschutzmann fällt künftig fort. Es wird beschlossen, den Polizeidienst um einen Schutzmann zu vermehren, dessen Ausschreibung zu dem staffelmäßig festgesetzten Gehalt erfolgen soll.

Ferner hatten die Besitzer und Pächter der Naunhofer Flur in einer kürzlich abgehaltenen Versammlung den Beschluß gefaßt, eine Flurwache zu stellen, und dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß diese von den Schutzleuten gestellt werden möchte. Diese sind jedoch schon so überlastet, daß der Stadtgemeinderat einen abschlägigen Bescheid sahte. Hierauf Schluß der öffentlichen Sitzung. *P.e.*

Sächsische und Lokale Mitteilungen.

Naunhof, den 26. Juli 1919.

Merkblatt für den 27. und 28. Juli.

Sonnenaufgang	4^{12}	(4^{14})	Mondaufgang	4^{47}	(5^{08})
Sonnenuntergang	8^{00}	(7^{58})	Monduntergang	7^{07}	(8^{14})

27. Juli. 1830. Beginn der Pariser Julirevolution. — 1914. Mobilmachung in Serbien und Montenegro.

28. Juli. 1750. Komponist Johann Sebastian Bach gest. — 1914. Österreich erklärt Serbien den Krieg.

— **Naunhof.** Als wir das letzte Schützenfest feierten, standen wir vor einer bösen Zeit. Es war am 2. August 1914, gerade am Tage nach der Kriegserklärung. Fünf harte Jahre liegen hinter uns. Wir wollen es nur kurz andeuten, erwähnen von all dem Leid, das wir alle durchgemacht haben, wollen wir nichts. — Draußen auf dem Festplatz gab es damals große Schank- und Bierzelte, Variete- und Künstlergesellschaften, Karussel, Schaukel und Schießbuden, Würfelbuden, Panoramas und anderes mehr. Auf vieles dieser delikaten Dinge müssen wir freilich noch verzichten, die Zeit muß erst alles allmählich wieder ordnen. Trotzdem aber hat die Schützengesellschaft Sorge getragen, daß man auch diesmal an allen drei Festtagen recht frohe und heitere Stunden verleben kann. Für die junge Welt öffnen sich die Pforten der großen herrlichen Festhalle, wo das Tanzbein geschwungen wird, auch für Konzert und Volksbelustigung ist Sorge getragen. Darum ihr lieben Mitbürger, scheitet nicht, wenn diesmal noch nicht alles wieder so fein kann als vor dem Kriege. Nächstes Jahr, das können wir versichern, wird, sofern nicht unvorhergesehene Dinge eintreten, die Schützengesellschaft mit ihrem Volksfest wieder auf alter Höhe sein. Darum solle alles hinauswandern, jung und alt, und sollte sich freuen, da wir nun wieder besseren Tagen entgegengehen. Jeder ist willkommen!

— **Naunhof.** Am Montag, den 28. Juli abends 8 Uhr findet im „Goldnen Stern", ein Kabarettabend statt. Zwei namhafte Künstler vom Stadttheater Kolmar, Opernsoubrette Traude Nietz und Opernsänger Friedrich Leopold zeigen in ihrer Spielfolge eine künstlerische Vielseitigkeit. Lieder, Duette, und Brettlsänge aus Oper und Operette reihen sich buntschillernd aneinander, so daß es ein künstlerischer Abend zu werden verspricht, bei dem jeder auf seine Kosten kommen wird.

— **Naunhof.** Der für heute abend angesagte dritte und letzte Vortrag von Woldemar Sacks über „Christentum und Weltrevolution" wird infolge anderweitiger Verpflichtungen des Vortragenden auf nächsten Donnerstag verschoben. Näheres durch nachfolgendes Inserat.

— Wir erhalten folgende Zuschrift: Wie uns die Landkraftwerke Leipzig A. G. Kulkwitz mitteilen, waren die Störungen in der Stromlieferung am 24. und 25. Juli 1919 auf einen Streik in der Braunkohlengrube Kulkwitz zurückzuführen. Ob der Streik